

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk.
ohne Postbefreiung. Nur Post-
bestellung bei allen Postäm-
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 59,
Lirbanke 63 I. Fernr.: 9091. 8653.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Zeile 90 Pf.;
für Verbandsmitglieder 60 Pf.;
Stellenangebote 60 Pf.; Bekannt-
machungen 30 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 18.

Berlin, den 28. April 1918.

34. Jahrgang.

Der Gedenktag unseres Verbandes, der 1. Mai 1918,

kann von den Mitgliedern nicht besser begangen werden, als dadurch, daß jedes Mitglied sich befließt, unserem Verbandsverbande mindestens ein neues Mitglied zuzuführen, und gleichzeitig gelobt, zu jeder Zeit seine ganze Kraft für den Verband werbend, mitratend und mittatend einzusetzen!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Für die Unterstützungs-kasse der Funktionäre sind die Beiträge für 1918 von einem Teil der Zahlstellen und Gauen noch nicht an die Verbandskasse eingeliefert worden. Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung in Nr. 12 ersuchen wir um alsbaldige Einfindung der fälligen Beiträge.

2. Die Mitglieds-karten und -bücher ausgehender Mitglieder dürfen von den Verwaltungen der Zahlstellen nicht etwa vernichtet werden, sondern müssen an den Verbandsvorstand zurückgegeben werden. Die Einfindung geschieht am einfachsten gelegentlich der Einlieferung der Quartalsabrechnungen.

3. Vom Militär entlassene oder zur Arbeit beurlaubte Mitglieder haben sich längstens innerhalb vierzehn Tagen nach der Entlassung oder Beurlaubung bei der zuständigen Gau- oder Ortsverwaltung anzumelden und ihr Mitgliedsbuch zurückzuverlangen. Bei Verhinderung der Anmeldung entstehen den Mitgliedern Nachteile bezüglich späterem Unterstützungsbezug. Bei erheblicher Verhinderung erlischt die Mitgliedschaft.

4. Die Verichts-karten für das Statistische Amt (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen versandt worden. Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 27. April in Betracht. Die Verichts-karten sind spätestens bis zum 5. Mai an uns einzufinden.

Sollte die Sendung bis zum 28. April irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um entsprechende Nachricht.

5. Der Jahresbericht für 1917 wird wie üblich als Broschüre herausgegeben werden. Um die Auflage feststellen zu können, ersuchen wir die Gau- und Ortsverwaltungen, ihren Bedarf bis zum 8. Mai bei uns zu bestellen. Mit Rücksicht auf die Papierknappheit und die hohen Druckpreise sind wir genötigt, die Auflage möglichst knapp zu bemessen. Wir bemerken deshalb, daß die Jahresberichte zwar unentgeltlich ausgegeben werden und in den Bibliotheken oder im Verwaltungsmaterial aller Zahlstellen zu finden sein müssen, daß sie im übrigen aber nur an solche Mitglieder auszugeben sind, die den Bericht bestellen oder bei denen hinsichtlich Interesse dafür voranzusetzen ist. Danach wollen die Verwaltungen ihren Bedarf berechnen. Den Zahlstellen werden nur die von ihnen bestellten Jahresberichte geliefert.

Der Verbandsvorstand.

Ein Gedenktag unseres Verbandes.

Am 1. Mai 1893 bekam unser Verband seine jetzt noch in ihren Grundzügen bestehende Organisationsform. Vorher war er ein Verband von Buchbindervereinen, die selbständig ihre Beiträge und Unterstützungen festlegten und die nur einen Monatsbeitrag — zuletzt 50 Pf. je Mitglied — an den Hauptvorstand abliefern, wofür die gemeinsamen Ausgaben bestritten wurden und wofür sie die „Buchbinder-Zeitung“ geliefert bekamen. Die Vereine besaßen auch insofern völlige Selbstständigkeit, als sie sich vom Verbandsverbande lösen konnten, ohne daß ihr Vermögen der Hauptkasse verfiel. Das hing zum guten Teil mit den Zuständen unter dem verfallenen Sozialistengesetz zusammen, die es geraten erscheinen ließen, bei der Auflösung eines „geschwärzig“ handelnden Vereins bzw. einer Zahlstelle nicht den ganzen Verband durch Postbarmachung durch die Behörden in Gefahr zu bringen.

Das Sozialistengesetz war aber im Jahre 1890 erloschen, und wenn auch sein Geist noch umging, Gerichte und Behörden sich noch nicht der Verfolgung der Gewerkschaften entwöhnen konnten und zu diesem Zweck das gemeine Recht nach ihrer Art auslegten, so hatte doch der im Jahre 1892 tagende Gewerkschaftskongress zu Halberstadt durch eine Entschliebung den Gewerkschaften empfohlen, sich die Form strenger Zentralverbände, als Verbände von Einzelmitgliedern zu geben, weil dadurch ihre Macht und Leistungsfähigkeit gesteigert würde. Vorläufig sah es allerdings mit dieser Steigerung sehr wenig erfolgversprechend aus, denn die Zahl der Mitglieder der deutschen Zentralverbände war von 277 659 im Jahre 1891 auf 232 739 im Jahre 1892 gefallen und sie fiel weiter im Jahre 1893 auf 218 146. Trotzdem hatte unser vom 20. bis 22. Februar 1893 in Frankfurt a. M. tagender Verbandstag beschlossen, den Verband ab 1. Mai in gedachter Weise umzugestalten.

Wie schon gesagt, die Aussichten waren nicht besonders erfolgversprechend. Für die Gewerkschaften überhaupt waren die Aussichten äußerst trübe. Selbst Freunde und Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, besonders solche von der politischen Richtung, malten die Zukunft der Gewerkschaften schwarz in schwarz. Würde diesen doch auf dem im Oktober 1893 in Köln abgehaltenen Parteitag der sozialdemokratischen Partei sozusagen porteiamentlich das Sterbeglocklein geläutet.

Noch viel schlimmer wirkten aber die brüdermörderischen Kämpfe um die Organisationsform in den eigenen Reihen: Die Zentralisation, die Lokalorganisation! Freilich befand sich die große Masse der Arbeiterschaft über das Wesen, die Bedeutung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in tiefer Unklarheit und es ist daher auch zu entschuldigen, wenn Nichtswisser, wohlmeinende Dilettanten, sich an eigenem Wortschwall bezaubernde Maulhelden und eifrig Irrende Verwirrung in ihren Reihen errichteten und die Versammlungen zum Tummelplatz wüster Bekämpfung machen konnten. Es war manch-

mal so, wie sich der wichtige Auer mit etwas Ueber-treibung einmal aussprach: am liebsten hätten sich die erhitzen Medner gegenseitig Nasen und Ohren abgeschnitten, wenn der Streit um die Organisationsform bis zur Siedehitze gestiegen war. Es war nicht etwa die reine Lust am Nadeln, die diese erbitterten Kämpfe zeitigte, sondern der feste Glaube auf jeder Seite der streitenden Parteien, daß nur von ihren Anschauungen das Heil der Gewerkschaften abhängen, mochten auch einzelne unter den Streitenden nicht ganz frei von persönlichen Strebereien sein.

Ja, damals vor dem und am 1. Mai des Jahres des Heils 1893 war es auch um unseren Verband noch recht bescheiden bestellt. Von den 51 Vereinen, die der Verband als zugehörig zwei Jahre vorher auf dem Verbandstage zu Altenburg gemustert hatte, waren ihm nur noch 45 verblieben, die angeblich 2528 männliche und 210 weibliche, insgesamt also 2738 Mitglieder zählten. Die „Buchbinder-Zeitung“ hatte noch keine 4000 Bezahler; sie war etwas in der Auflage zurückgegangen, weil mehrere Vereine ausgetreten oder erloschen waren oder abbestellt hatten und weil die österreichischen Kollegen sich ein eigenes Blatt, die „Einigkeit“, gegründet hatten und somit die „Buchbinder-Zeitung“ nicht mehr wie bisher bezogen. Leipzig mit seinem verhältnismäßig starken Fachverein gehörte dem Verbandsverbande überhaupt nicht an, ebenso Dresden nicht, weil das sächsische Vereins-gesetz das nicht zuließ und die Dresdener Kollegen unter ihrer damaligen lokalistischen Leitung überdies aus grundsätzlichen Bedenken der strengen Zentralisation feindselig gegenüberstanden.

Das Vermögen in der Verbandskasse bezifferte sich auf 14 887,36 Mk., womit natürlich keine großen Sprünge gemacht werden konnten. Der Verbands-vorsitzende Dietrich hatte sich daher auf dem Frankfurter Verbandstage kräftig gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung neben der bisher nur bestandenen Reisenerstützung gewehrt, weil die Verbandskasse das nicht zu tragen vermöchte. Die beiden als Gäste anwesenden Vertreter des Leipziger Fachvereins hatten sich ebenso sehr wie der gleichfalls als Gast sprechende Vorsitzende des Buchbinderverbandes, Dublin, hingegen so überzeugend ins Zeug gelegt, daß der Verbandstag mit 25 gegen 7 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wenn auch nur in bescheidenem Maße, beschloß hatte. Denn die Beiträge, wöchentlich 25 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder, waren nicht dazu geeignet, hoch zu geben. Und dabei liefen die „rabulanten“ Lokalisten gegen solche hohen Beiträge auch noch Sturm, weil durch sie der Bezug zum Verbandsverbande gehindert und er durch seine Unterstützungs-einrichtungen leicht zu einer Versicherungsanstalt werden und seinen Beruf als Klassenkampforganisation einbüßen könnte.

Schlagworte haben mehr denn je in der Frühzeit der Gewerkschaftsbewegung eine Rolle gespielt. Damals waren sie jedoch eher zu entschuldigen, weil die Erfahrungen fehlten. Die Folgezeit hat aber aufs Klarste erwiesen, daß nicht löbliche Worte den Nadel-

laissez faire ausmachen, sondern die Wirkung der gefaßten Beschlüsse. Und kein Einkünftiger zweifelt heute mehr daran, daß die Gewerkschaften, indem sie ihre Unterstützungs-einrichtungen ausbauen, allen Interessen zum Trotz, weit mehr dem Klassenkampfe zum Aufstiege des Proletariats bedient haben, indem sie es zu großen Stücken erst durch Ansammlung entsprechender Mittel befähigten, als das durch alle löblichen Nebenarbeiten und ungeeigneten Vorschläge ihrer sogenannten „radikalen“, in Wirklichkeit aber Konterbaiten, am Alten hängenden Schriftler geschehen konnte. Wort ist eben schon nach unzerem großen Goethe Schall und Rauch. Für die Arbeiterbewegung muß es daher nicht heißen: im Anfang war das Wort, sondern: im Anfang war die Tat! — wenn sie wirklich vorwärts kommen will.

Und eine gute und kluge Tat war es zweifellos, als sich unser Verband als einer der ersten entschloß, dem zu entsprechen, was ein Jahr vorher der Gewerkschafts-Kongreß zu Halberstadt empfohlen hatte. In ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Die Frucht jenes Verbandstages, in dessen Geiste auch die nachfolgenden gearbeitet haben, war jedenfalls das unaufhörliche Wachstum unseres Verbandes, auf das wir mit Recht stolz sein können und das uns die feste und unerlöschliche Hoffnung auf weiteren Aufstiege zum Segen der gesamten Kollegenschaft in allen Berufszweigen gibt. Wohl hat der Krieg in den ersten Jahren breite Lücken in unsere Reihen gerissen; nicht allein durch die zahlreichen Einziehungen zum Heeresdienst, sondern leider haben viele Kleingeldlöhner auch sonst die Sturmproben Banner und das schützende Dach des Verbandes zu verlassen sich nicht scheut. Zu ihrem eigenen größten Schaden! Unser Verband sieht zu unerschütterter und geistig da, daß wir solche betrübende Vorgänge nicht zu verschweigen brauchen. Vor Ausbruch dieses Weltkrieges, am 30. Juni 1914, zählte unser Verband 16 413 männliche und 15 968 weibliche, zusammen 32 381 Mitglieder. Dem tiefsten Stand während des Krieges in der Mitgliederzahl wies der Monat März 1917 mit 5290 männlichen und 11 355 weiblichen, zusammen 16 645 Mitgliedern auf, wobei allerdings rund 10 000 zum Heeresdienst eingezogene Mitglieder zu berücksichtigen sind. Am Schluß des ersten Vierteljahres 1918 dagegen können wir schon wieder mit 5532 männlichen und 14 839 weiblichen, also insgesamt 20 371 Mitgliedern rechnen. Kommt der erdichte Friede, so wird der gewohnte Zustrom zu unserem Verbands nach wie vor zu erwarten sein, denn die Gewerkschaften werden dann erst recht unentbehrlicher als je sein und unsere lesten Agitatoren kehren von den Schlachtfeldern zurück, wo sie mit ihren Leibern, mit Gut und Blut das Vaterland geschützt und das deutsche Wirtschaftsleben, von dessen Gedeihen auch so sehr das Wohl der Arbeiterschaft abhängt, vor der Zertrümmerung durch die Feinde bewahrt haben.

Gerade die Rücksicht auf unsere tapferen heldenmütigen Kollegen, die ganz andere Opfer auf sich nehmen mußten, die viel mehr Ungemach zu tragen hatten als wir daheim, sollte uns alle ohne Ausnahme veranlassen, unsere Pflicht zu tun: dem Verband so stark als irgendmöglich zu erhalten, damit jene bei ihrer Rückkehr ein wohlbestelltes Verbandsheim wiederfinden, das ihnen in allen Nöten und Stürmen des wirtschaftlichen Lebens sicheren Schutz gewährt. Das war von jeher seine Hauptaufgabe und wird sie auch in Zukunft bleiben. Dafür legen die zahlreichen Lohnbewegungen und die hohen Aufwendungen dafür sowie die vielen von ihm abgeschlossenen Tarifverträge bededtes Zeugnis ab. Am Schluß des Jahres 1918 — die Kriegszahlen sind abnorme und legen wir daher nicht zugrunde — bestanden deren 130 für 2018 Betriebe mit 32 619 beschäftigten Personen, wozu alle Berufsgruppen je nach ihrer Stärke und der Zahl der Verbandsmitglieder beteiligt waren.

Statt der bescheidenen Unterstützungen von 1893 haben wir jetzt ein ganzes Reg. von Unterstützungs-einrichtungen: Arbeitslosen-, Kranken-, Umzugs-, Invaliden-, Notfalls- und Hinterbliebenenunterstützung, Selbstverständlich auch die gutausgestattete Streik- und Gewahregelunterstützung. Trotz der gewaltigen Ausgaben, die dafür die Verbandskasse zu leisten hat, befindet sich diese in einem guten Zustande, ja sie hat noch niemals über so reiche Mittel als jetzt verfügt. Am 1. Mai dürfte ihr Bestand sich auf rund 1 1/2 Millionen Mark belaufen, während in den örtlichen Kassen der Bezirksstellen und Gauen rund 400 000

Mark enthalten sein werden. Das sind so stattliche Summen, daß sie die Gewähr dafür geben, daß der Verband auch zukünftig seine Aufgaben in jeder Beziehung zu erfüllen vermag.

Auch auf dem Gebiete der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse hat unser Verband stets seine Schuldbiligkeit besser wie manche ausländische Verband getan, trotz alles uneinigtigen Geredes. Nicht von ungefähr übertrug man ihm das Internationale Buchbinder-Sekretariat. So wird er es auch in der Zukunft halten. Das bedingt aber keineswegs, daß er nicht deutsche Interessen im allgemeinen und deutsche Arbeiterinteressen im besonderen kräftig vertreten dürfe. Getreu dem Ausspruch des gemordeten großen französischen Sozialisten Jaurès: Die Nation ist das Schatzkästlein der Kultur — muß er sogar solches zu seinem Aufgabenkreis rechnen. Und das wirkt, deutlich und klar ausgesprochen, auf die Dauer besser und trägt sicherlich mehr zur Verständigung bei als ein fortgesetztes und unwürdiges Wettrennen vor dem Wohlwollen des Auslandes.

Lassen wir also so unsere Gedanken zum 1. Mai 1893 zurückschweifen, so wollen wir uns der klugen Voraussicht jener Kollegen freuen, die damals den Grund zu dem Emporblühen unseres Verbandes gelegt haben. Aber nicht vergessen soll jener Braven sein, die während der ganzen 25 Jahre dem Verbands die Treue bewahrt und an seinem Ausbau je nach Kräften und Freudigkeit mitgearbeitet haben, deren Namen wir an anderer Stelle dieser Nummer veröffentlichten.

Nicht rückwärts geht das Rad der Geschichte und der menschlichen Entwicklung. Unser Rückblick auf den Gedenktag vor 25 Jahren soll daher auch keine Sehnsucht nach der Vergangenheit bedeuten, sondern aus ihm die Kraft und das Vertrauen auf die Zukunft schöpfen.

Besonders die Jugend soll sich ein Vorbild an dem Wirken unserer Alten nehmen, die unter viel schwierigeren Verhältnissen, als sie heutzutage sich uns entgegenrücken, wader Hand ans Werk legten.

Jugend heraus zum wertvollen Mitarbeiter! Sei daher unser Schlußwort zum Gedenktag unseres Verbandes.

Verzeichnis der Verbandsjubilare.

Als Jubilare des Verbandes führen wir in der nachstehenden Liste alle diejenigen Mitglieder auf, die am 1. Mai d. J. seit 25 Jahren ununterbrochen dem Verbands angehören. Es sind das durchweg nur solche Mitglieder, welche schon vor dem 1. Mai 1893 in den damaligen Verbandsvereinen Mitglied waren und mit diesen Vereinen damals den neuen Verband von Einzelmitgliedern gebildet haben.

Auf dem am 20.—22. Februar 1893 in Frankfurt a. M. abgehaltenen 4. ordentlichen Verbandstag waren 43 Verbandsvereine mit zusammen 2428 männlichen und 205 weiblichen Mitgliedern vertreten. Nehmen wir nun an, daß diese Mitgliederzahl auch noch bei der am 1. Mai 1893 erfolgten Neorganisation des Verbandes zu verzeichnen war (wobei genauere Ziffern leider nicht vorliegen, weil damals die Mitgliederzahlen nur am Jahresschluß, nicht aber in den Quartalsabrechnungen veröffentlicht wurden), so ergibt sich auf Grund der nachfolgenden Liste der Jubilare, daß von diesen 2633 Mitgliedern nach 25 Jahren noch 339 = 12,9 Proz. vorhanden sind, und zwar 337 männliche = 13,9 Prozent und 2 weibliche = 0,98 Proz.

Eine Zusammenstellung, wie sich die am 1. Mai 1893 vorhandenen 2633 Mitglieder auf die einzelnen Verbandsvereine verteilten und wieviele dieser Mitglieder aus den damaligen Vereinen noch heute dem Verbands angehören, zeigt nebenstehende Aufstellung. Dabei ist jedoch zu beachten, daß viele dieser Jubilare sich heute an einem anderen Orte befinden als wie am 1. Mai 1893.

Die Namen der Jubilarer haben wir den Aufzeichnungen der im Verbandsbüreau geführten Stammrolle entnommen und dabei alle diejenigen Mitglieder als solche bezeichnet, deren Eintrittsdatum mit dem 1. Mai 1893 eingetragen ist. Es kann jedoch sehr wohl möglich sein, daß sich auch unter den mit einem späteren Eintrittsdatum in unserer Stammrolle geführten Mitgliedern noch einzelne befinden, die schon vor dem 1. Mai 1893 Mitglied des Verbandes waren und nur durch besondere Umstände damals nicht sofort von den Verbandsvereinen als Einzelmitglieder dem Verbands überführt werden konnten, weil sie zu dieser Zeit gerade infolge Militärdienst oder Aufenthalt im Auslande einem Verbandsverein zufällig nicht angehören konnten. Des weiteren war noch ein großer Teil unserer jetzigen Mitglieder schon damals in den in Eberfeld und Sachfen bestehenden Lokalvereinen organisiert, die

Verbandsverein in	Zahl der Mitglieder am 1. Mai 1893		dabei gehören am 1. Mai 1918 noch ununterbrochen dem Verbands an	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Altenburg	117	28	127	—
Augsburg	18	—	—	—
Berlin	471	70	76	1
Bielefeld	85	8	5	—
Braunschweig	22	—	4	—
Bremen	18	—	2	—
Breslau	18	—	3	—
Darmstadt	20	—	1	—
Dortmund	42	—	1	—
Düsseldorf	25	—	3	—
Duisburg-Ruhrort	17	—	2	—
Eberfeld	39	—	5	—
Erfurt	49	—	1	—
Erlangen	27	—	4	—
Flensburg	12	—	1	—
Frankfurt a. M.	64	—	6	—
Freiburg i. Br.	33	—	3	—
Güth	28	24	2	—
Gießen	7	—	1	—
Glogau	10	—	2	—
Göttingen	10	—	8	—
Hagen i. W.	19	—	2	—
Halle a. S.	80	—	3	—
Hamburg	185	—	28	—
Hannover	146	16	21	—
Karlsruhe	22	—	1	—
Kiel	30	—	2	—
Köln	23	—	1	—
Konstanz	15	—	—	—
Liegnitz	259	8	28	—
Lüdenscheid	?	—	—	—
Magdeburg	74	—	18	—
Mainz	28	—	2	—
Mannheim	51	1	8	—
München	149	—	20	—
Münster	86	—	1	—
Offenbach a. M.	7	—	2	—
Odenburg	18	—	1	—
Pforzheim	38	—	—	—
Rostock	18	—	1	—
Saalfeld	15	—	—	—
Stettin	28	—	2	—
Stuttgart	305	80	61	1
Weimar	25	—	3	—
Zusammen	2428	205	337	2

¹⁾ Einschließlich der Mitglieder in Chemnitz, Leipzig und Plauen i. L.

²⁾ Einschließlich der Mitglieder in Dresden.

erst in späteren Jahren (1894—1897) zum Verband übergetreten sind. Auch diese können zweifellos auf eine mehr wie 25jährige ununterbrochene Organisationszugehörigkeit zurückblicken. In unsere Liste der Jubilare konnten wir diese jedoch nicht aufnehmen, weil sie sich ja erst später der Zentralorganisation angeschlossen haben und uns über deren frühere Mitgliedschaft in den Lokalvereinen auch die erforderlichen Angaben fehlen.

Als Verbandsjubilare sind in den einzelnen Jahrestellen am 1. Mai 1918 die nachstehend aufgeführten Mitglieder zu verzeichnen (mit Geburtsdatum und Geburtsort):

Bezirkstelle Altenburg:

- Gräfe, Reinhold, geb. 4. 8. 1871, Altenburg-S. M.
- *Jänicke, Ferdinand, geb. 10. 1. 1871, Sandersleben.
- Langner, Louis, geb. 12. 8. 1868, Meerane.
- Lehmann, Alfred, geb. 20. 5. 1869, Dresden.
- Linsenhart, Karl, geb. 7. 7. 1857, Weimar.

Bezirkstelle Barmen-Eberfeld:

- *Werner, Albert, geb. 10. 10. 1872, Lüdingen.
- *Rehler, Alfred, geb. 27. 6. 1871, Delitzsch.

Bezirkstelle Berlin:

- Waulin, Hermann, geb. 15. 1. 1870, Borna.
- Wieber, Wilhelm, geb. 9. 11. 1863, Landau.
- Waltenburg, Auguste, geb. 1. 6. 1846, Berlin.
- Wätcher, Otto, geb. 3. 11. 1867, Danzig.
- Wolz, Stephan, geb. 3. 8. 1866, Rottenburg.
- Wräner, Eugen, geb. 20. 11. 1872, Berlin.
- Wytomski, Franz, geb. 2. 10. 1869, Lublin.
- Caïow, Paul, geb. 23. 9. 1867, Wittenberg.
- Cläfers, Amandus, geb. 21. 11. 1862, Gumburg.
- Conrad, Wilhelm, geb. 2. 8. 1870, Kassel.
- Detloff, Richard, geb. 10. 6. 1872, Berlin.
- Donath, Oskar, geb. 6. 11. 1854, Berlin.
- Fräntz, Hugo, geb. 3. 8. 1849, Halle a. S.
- Frank, Paul, geb. 11. 7. 1869, Koblenz.
- Franken, Otto, geb. 13. 3. 1867, Wichtens.
- Gärtner, Otto, geb. 22. 4. 1872, Gr. Schweidnitz.
- Geyh, Bruno, geb. 18. 6. 1865, Schoppach.
- Gardner, Wilhelm, geb. 21. 9. 1863, Lübeck.

Indien überall zu Hause ist. Wer beansprucht alles und verwehrt uns das Recht Welthandel zu treiben? — England.

Glauben Sie nur nicht, daß in einem besiegten Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine Arbeiterbewegung wie bisher möglich sein wird; nein, nur günstige Warenzufuhr und Rohmaterialzufuhr schafft uns günstige Arbeitsverhältnisse, und das ist es ja gerade, wovon man uns ausschließen will.

Wir werden auch nach einem siegreichen Kriege nicht die Hände in den Schoß legen können. Die Kämpfe der arbeitenden Klasse werden auch dann weitergeführt werden im Parlament, und wie vor dem Krieg werden die Gewerkschaften auch nach dem Frieden wirtschaftliche Forderungen für ihre Mitglieder erkämpfen müssen. Wir werden uns aber da auch nicht vom Auslande beeinflussen lassen; denn weder die Filippinoffertaktik der englischen und der amerikanischen Gewerkschaftler, noch die radikale italienisch-russisch-französische Generalforderung ist uns dienlich. Wir werden das gute Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften uns von niemand lösen lassen.

Ich wiederhole nochmals: nationale Abhängigkeit von anderen Völkern wäre ungeheure Unteranga, wir würden wieder in dieselbe Lage geraten wie Preußen vor 1813; man würde unsere Rechte mit den Füßen treten. Dies ist ausgeschlossen, wenn wir wie bisher treu zusammenstehen und unsere kämpfenden Volksgenossen auch fernerhin die Treue wahren. Und in diesem Sinne schließe ich meine Ausführungen.

Aus unserem Beruf.

Bescheid auf unsere Eingabe um Schutz des Vereins- und Versammlungsrechts. Auf die Eingabe unseres Verbandsvorstandes an den Reichsstaatskanzler um Hinwirkung auf Aufhebung der die gewerkschaftliche Tätigkeit behindernden Verordnungen mehrerer stellvertretenden Generalkommandos in den östlichen Provinzen, über die wir in Nr. 11 berichteten, ist inzwischen Antwort eingegangen. Die Antwort kam aus dem Kriegsministerium, an das die Eingabe vom Staatssekretär des Innern wohl weitergegeben sein wird, und lautet leider im Grundton ablehnend.

Zwar wird in dem Bescheid unter anderem gesagt:

„Den Anordnungen der stellvertretenden Generalkommandos liegt nicht die Absicht zugrunde, den Gewerkschaften eine ausnahmsweise Behandlung zuteil werden zu lassen und sie in ihrer Tätigkeit zu behindern.“

Im übrigen heißt es dann aber:

„... daß die Notwendigkeit, in einzelnen Korpsbezirken die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechts schärfer zu handhaben und Beschränkungen einzutreten zu lassen, durch die fortwährenden Streikbewegungen, Hekereien und Wälsereien entstanden sind.“

In diesem Bescheid erscheint uns beachtenswert, daß der Reichsstaatskanzler selbst zu den in der Eingabe gerügten Mißständen gar nicht Stellung genommen, sondern das ganz dem Kriegsministerium überlassen hat. Dieses wieder hat sich damit über die Angelegenheit hinweggesetzt, daß es einmal wie der seltsame Don Quixotte sich gegen Windmühlenspiegel wendet, in anderer Beziehung aber wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt, um unangenehme Dinge nicht zu sehen und schließlich alles beim alten läßt.

Es ist in der Eingabe nämlich gar nicht behauptet, daß die Militärbehörden oder die Polizei allein den Gewerkschaften gegenüber in der gerügten Weise verfahren, so daß die diesbezügliche Bemerkung vollkommen daneben geht, andererseits wird in dem Bescheid aber gar nicht eingegangen auf das eingehend dargelegte verwunderliche Ergebnis eines Antrags auf Genehmigung zur Verbreitung einer kleinen Werbeschrift, die an 44 Landräte und Orts-Polizeibehörden gerichtet wurde und die unterschiedlichen Bescheide einbrachte, von der glatten Genehmigung in den verschiedensten Abtönungen bis zur schroffen Ablehnung. Ansicht auf Abstellung der vorliegenden Mißstände in den östlichen Provinzen scheint also unter der Herrschaft des Kriegsrechts leider nicht vorhanden zu sein, was wir mit Bedauern bemerken.

Arbeitslosenstatistik. Unsere Erhebung über Arbeitslosigkeit und Unterstützungsbezug im 1. Quartal 1918, die für die Berichterstattung an das statistische Amt bestimmt ist, kann wieder nicht als vollständig bezeichnet werden, weil die Verwaltungen der Bezirksstellen in Freiburg i. B., Gera, Hanau, Kottbus, M.-Gladbach, Solingen, Straßburg und Werkenfels die Berichtbogen trotz erfolgter Mahnung gar nicht, oder erst zu spät eingeleitet haben, daß sie für die Zusammenstellung nicht mehr verwendet werden konnten. Diese 8 Bezirksstellen mit zusammen 81 männlichen und 69

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im 1. Quartal 1918.

Gau	Zahl der Mitglieder			Zahl der Arbeitslosenfälle				Zahl der Arbeitslosen-tage	Arbeitslosen-unterstützung wurde gezahlt			Zeder Arbeitslosen-fall dauernde Tage		Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit	
	männl.	weibl.	auf	im ganzen Quartal		am letzten Stichtag			an Personen	für Tage	Mk.	männl.	weibl.	im Quartale	am letzten Stichtag
				männl.	weibl.	männl.	weibl.								
1	1 563	4 007	5 570	208	1 112	10	140	9 096	224	3 448	3 968	7,8	6,8	23,6	2,7
2/3	52	46	98	1	2	—	2	134	3	81	98	34,0	50,0	3,1	2,1
4	101	558	654	—	18	—	6	410	14	218	232	—	22,8	2,8	0,9
5	105	133	238	—	2	—	—	82	1	40	40	—	41,0	0,8	—
6/7	314	1 084	1 398	25	152	—	4	2 275	40	611	763	8,2	13,6	12,7	0,3
8	296	631	927	3	2	2	2	154	5	51	67	12,3	58,5	0,5	0,4
9	218	472	690	2	85	—	14	1 375	22	361	374	77,0	84,9	5,4	2,0
10	275	101	436	4	5	—	3	406	7	111	110	29,5	57,6	2,1	0,7
11/13	178	123	301	2	—	1	—	11	4	22	25	5,5	—	0,7	0,3
12	1 458	5 342	6 800	26	188	1	96	8 406	45	741	808	17,3	42,3	8,1	1,4
14/15	545	842	1 387	3	4	—	1	183	9	95	124	12,3	36,5	0,5	0,1
16	121	550	671	1	6	—	2	279	7	201	198	41,0	39,7	1,0	0,3
17	225	826	1 051	2	11	—	1	194	5	36	33	59,0	7,0	1,2	0,1
Zusammen	5 451	14 770	20 221	272	1 537	15	270	23 005	386	6 016	6 840	10,2	13,2	8,9	1,4
anderem	81	69	150	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa	5 532	14 839	20 371	—	—	—	—	—	—	—	—	12,7	—	—	—
4 Qu. 1917	5 312	14 292	19 604	287	1 729	50	253	20 723	359	4 767	5 563	7,2	10,8	10,3	1,5
1. " 1917	5 087	11 234	16 321	314	1 788	39	297	31 935	528	7 144	7 823	10,6	16,0	12,9	2,1
1. " 1916	6 027	10 965	16 992	675	2 261	95	817	75 628	933	15 199	17 076	25,8	—	17,3	5,4
1. " 1915	9 587	12 336	21 923	2 207	3 916	337	1 464	180 397	2 992	36 128	27 198	29,5	—	27,9	8,2
1. " 1914	16 859	16 641	33 500	2 089	2 125	516	475	82 426	2 908	47 482	64 856	19,6	—	12,5	3,0
1. " 1913	16 980	17 142	34 122	2 078	1 906	548	380	70 187	1 878	39 595	46 398	17,6	—	11,7	2,7

weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschiedenen Ergebnis der Aufnahme nicht mit enthalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 99 Gauen und Bezirksstellen mit zusammen 5451 männlichen und 14 770 weiblichen, insgesamt also 20 221 Mitgliedern, waren am Stichtag, dem 30. März, 14 männliche und 269 weibliche am Ort befindliche, sowie je 1 männliches und weibliches durchreisendes, insgesamt also 285 Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,3, bei den weiblichen 1,8 und bei beiden zusammen 1,4 Arbeitslose. Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern in den Vormonaten, sowie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre, ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder											
	m.	w.	auf.	1917			1916			1915					
				m.	w.	auf.	m.	w.	auf.	m.	w.	auf.			
1917															
März	39	297	336	0,8	2,6	2,1	5,4	8,2							
April	34	364	398	0,7	3,2	2,4	5,1	10,0							
Mai	30	277	307	0,6	2,4	1,8	5,2	10,4							
Juni	18	280	298	0,4	1,9	1,4	5,2	10,6							
Juli	34	267	301	0,6	2,1	1,7	5,8	10,7							
August	25	247	272	0,5	1,9	1,5	4,5	9,7							
September	24	257	281	0,5	2,0	1,6	4,1	9,5							
Oktober	25	220	245	0,5	1,9	1,3	3,0	8,4							
November	22	216	237	0,4	1,5	1,2	3,0	7,4							
Dezember	50	253	303	0,9	1,8	1,5	2,5	6,2							
1918															
Januar	31	293	324	0,6	2,0	1,6	2,5	6,8							
Februar	27	251	278	0,5	1,7	1,4	2,3	6,5							
März	15	270	285	0,3	1,8	1,4	2,1	5,4							

Im ganzen abgelaufenen Quartal wurden in den 99 Gauen und Bezirksstellen, aus denen Berichte vorliegen, insgesamt 1809 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 23 005 Arbeitslosentagen gemeldet.

Arbeitslosenunterstützung wurde an 386 Mitglieder für 6013 Tage gezahlt; für 16 989 Tage oder 73,8 Proz. der gesamten Arbeitslosentage konnte Unterstützung nicht gezahlt werden, weil die betreffenden Mitglieder entweder nicht bezugsberechtigt oder ausgereistert waren. Von den am letzten Stichtag am Ort und auf der Reise gezählten 15 männlichen und 270 weiblichen Arbeitslosen waren nur 12 bzw. 62 zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung berechtigt. Auf je 100 Mitglieder kamen im abgelaufenen Quartal 8,9 Fälle von Arbeitslosigkeit mit durchschnittlich 12,7-tägiger Dauer.

Ueber den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gausbezirken unseres Verbandes gibt obenehende Tabelle eine Uebersicht.

Danach waren für das ganze Quartal prozentual berechnet die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen in den Gauen 1 (Berlin), 6/7 (Hamburg-Altona) und 9 (Eisenberg), während am letzten Stichtag der größte Prozentsatz an Arbeitslosen im Gau 1 (Berlin) und 9 (Eisenberg) vorhanden war. Bezüglich der durchschnittlichen Dauer des einzelnen Arbeitslosenfalles stehen dagegen die Gauen 1 (Berlin) und 6/7 (Hamburg-Altona) am günstigsten da, während für die Gauen 12 und 9 immer noch eine recht lange Dauer der Arbeitslosigkeit — besonders bei den weiblichen Mitgliedern — zu verzeichnen ist.

Bei verkürzter Arbeitszeit arbeiteten nach den vorliegenden Berichten in der Woche vom 24. bis 30. März 64 männliche und 169 weibliche Mitglieder. Davon entfiel der größte Teil auf die in Betrieben der Eis- und Kartonnagenindustrie beschäftigten Mitglieder in Chemnitz und Forstheim.

In Arbeitslosenunterstützung sind im 1. Quartal 6840 Mk. zur Auszahlung gelangt, gegen 5563 Mk. im 4. Quartal 1917 und 7823 Mk. im gleichen Quartal des Vorjahres. Für Krankenunterstützung wurden im 1. Quartal 12 546 Mk. für Hinterbliebenenunterstützung 2 551 Mk. und für sonstige Unterstützungen 1 697 Mk. verausgabt. Von diesen insgesamt 23 934 Mk. Unterstützungsausgaben entfielen 2 440 Mk. auf die Lokalkassen.

Außerdem wurden an Kriegsteilnehmer und deren Familien nachträglich als Beihilfenunterstützung und für Viebesgaben noch 11 611 Mk. gezahlt, davon 7 976 Mk. von den Lokalkassen.

Die Brotknappheit, die Kuchenüberfluß!

Die Empörung in weiten Volkskreisen über die Schlemmerlei mit Mehlwaren angesichts der knappen Brotration hatte im vergangenen Herbst eine Reihe von Regierungspräsidenten veranlaßt, ein Verbot zu erlassen, wonach zur Herstellung von Torten und Kuchen kein Weizenmehl verwendet werden dürfe. Die Wirkung war zunächst eine sehr heilsame. Die Objekte des Anstoßes verschwanden, die Schlemmerlei schien gebannt. Doch nicht allzulange. Gerissene Geschäftsleute hatten wie immer bald die schwachen Stellen der Verordnung entdeckt, durch die sie hindurchschlüpfen konnten. Sie hatten herausgefunden, daß die Tortenböden auch aus Material hergestellt werden können, das der Verordnung nicht unterliegt. Die Oberbaumaße wurde aus den undefinierbaren und wertlosen Galleckstoffen fabriziert. Und siehe da! Das Geschäft blühte neu auf wie nie zuvor — die Preise sind die üppigsten. Und wie stand es in den übrigen Regierungsbezirken? Nun, dort hat das Torten- und Kuchenbacken teilweise Dimensionen angenommen, daß es als der größte Unfug bezeichnet werden muß. Während auf der einen Seite die größte Knappheit an Getreide besteht, prangen andererseits in den Schaufenstern der Mehlbäckereien wie zum Hofne ganze Krümmen der verschiedenartigsten Torten und Kuchen. Da

alles Getreide und Mehl — auch das aus dem Ausland — der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegt, terner die Kartoffeln und das Kartoffelmehl zur Streckung des Brotes herangezogen werden, könnte es als ein Mittel erscheinen, woher das Mehl zur Kundenfabrikation stammt, wenn bei der bekannten Unzulänglichkeit unserer Kriegswirtschaft das Mehl sich nicht schon längst als überflüssig erwiesen hätte. Was aber verlangt werden muß, in, daß allerorten der Torten- und Kuchenkleinerei endlich ein harter Biegel vorgehoben wird. Es geht nicht an, daß der größte Teil der Bevölkerung hungert, weil das Brot mehr wie knapp ist, und der zahlungsfähige Rest in Torten und Kuchen schlemmt.

Der Bund der Festbesoldeten und die Konsumvereine.

Der Bund hat in einer Denkschrift Vorschläge zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft gemacht. In der Einleitung wird mitgeteilt, daß der Vorstand in allen wichtigen Fragen der Kriegswirtschaft, besonders auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, Stellung genommen habe. In der Vorstandssitzung vom 25. November 1914 sei ein Antrag auf Gründung eines Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen beraten und beschlossen worden, mit allen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wegen Schaffung einer sich über das ganze Reich erstreckenden Konsumentenvertretung in Verbindung zu treten. Diese sei dann auch geschaffen worden. Der Bundesvorstand habe sich in der Folgezeit auch in Einzelfragen unmittelbar mit den in Frage kommenden Behörden in Verbindung gesetzt und das Verbraucherinteresse vertreten. In Wort und Schrift seien ferner führende Vorstandsmitglieder des Bundes für eine Vereinheitlichung des deutschen Konsumgenossenschaftswesens und für eine engere Verbindung der Verbraucher mit der Landwirtschaft eingetreten. Weiter habe sich die Bundesleitung an der von der Reichsregierung eingeleiteten Bewegung zur Auffklärung über die Volksernährung beteiligt. Unter den in der Denkschrift aufgestellten Grundsätzen heißt es über „Soziale Fragen“ im Absatz 7: „Als wichtiges Mittel, die wirtschaftliche Lage der Festbesoldeten nach dem Kriege zu verbessern, wird die wirtschaftliche Selbsthilfe zu gelten haben. Deshalb darf das Recht auf Benützung genossenschaftlicher Selbsthilfeeinrichtungen — Bau-, Spar-, Konsumgenossenschaften — und die ehrenamtliche Betätigung in diesen durch gesetzliche Bestimmungen oder behördliche Verfügungen nicht beschränkt werden. Steuer- und sonstige Ausnahmegesetze, die die genossenschaftliche Selbsthilfe in ihrer Entwicklung zu hindern geeignet sind, lehnt der Bund der Festbesoldeten ab und fordert deren Aufhebung.“

Unter Staatsbürgerliche Fragen wird die Forderung erhoben, daß für die öffentlich-rechtliche Vertretung der nach Friedensschluß besonders pflichtig zu behandelnden Konsumenteninteressen Konsumentenräte geschaffen werden. Das Vorgehen der organisierten Festbesoldeten verdient volle Anerkennung.

Berichte.

Halle. Lang, lang ist's her, seit unsere Zahlstelle den Namen dieses Blattes in Anspruch nahm. Nicht, ob wir hier in Halle in so glänzenden Verhältnissen lebten, daß wir auf unsern Lorbeeren ausruhen könnten. O nein! So ist es nicht. Viel zu lange schon hat die heilige Kollegenchaft ihren Dornröschenschlaf gehalten. Nun scheint aber doch endlich Bewegung in unsere Reihen gekommen zu sein. Am nun aber auch die uns noch fernstehenden Berufsangehörigen für unsere Sache zu interessieren, veranstalteten wir am 13. April eine öffentliche Versammlung, in welcher unser Gauleiter, Kollege Wiemide-Leipzig, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Buchbinderei- und Papierarbeiterschaft in Halle und der Deutsche Buchbinderverband referierte. Hörtten wir auch in Anbetracht des doch alle Berufsangehörigen interessierenden Themas einen zahlreicheren Besuch, besonders der weiblichen Kollegen, erwartet, so können wir doch mit dem Erfolg zufrieden sein.

Nachdem Kollege Wieth die Versammlung eröffnet und sein Bedauern über den geringen Besuch Ausdruck gegeben, erhält Kollege Wiemide das Wort zu seinem Vortrage. Einleitend äußerte sich derselbe den Ausführungen des Versammlungsleiters an und bewundert nur die große Interessiertheit hier am Orte. Die Löhne hier in Halle seien doch absolut nicht mehr der Zeit entsprechend. Löhne von 20 bis 25 Mk. der weiblichen und 40 bis 50 Mk. der männlichen Arbeiter wollen doch in heutiger Zeit nicht viel sein. Er erinnert an unsere Nachbarstadt Leipzig, wo ein Lohn von 40 Mk. und mehr für Mädchen und 100 bis 130 Mk. für Gehilfen keine Seltenheit seien. Die Teuerung sei doch überall

die gleiche, und Lebensmittel und Kleidung brauchen wir hier wie dort. Allerdings: ohne Organisation wäre in Leipzig so was auch nicht erreicht worden. Schuld an den traurigen Zuständen ist also die Kollegenchaft selber. Nicht nur die Arbeiter organisieren sich überall, sondern noch viel mehr die Unternehmer. Wir können dies einestells ja nur begrüßen, kommen wir doch so hoffentlich leichter zu einer Reichstarifgemeinschaft, ähnlich wie die der Buchdrucker. So habe sich jetzt auch München dem Dreijährbündnis angeschlossen, und ist die dortige Kollegenchaft nun auch der Vorteile der Tarifgemeinschaft teilhaftig geworden. So etwas müßte auch hier in Halle möglich sein. Wird doch der Ausbau der Tarifgemeinschaft auch von Arbeitgeberseite gewünscht. Dies geht aber wieder nur durch Organisation. Ein anderes Mittel gibt es nicht. Ferner müssen wir uns auch vor Augen führen, daß wir auch nach dem Kriege vor völlig neuen Lebensbedingungen stehen werden. Gewaltige Steuerlasten werden vor tragen müssen. Die Teuerung wird bleiben, eine große Arbeitslosigkeit wird eintreten. Ungezählte Arbeiterinnen werden aus der Kriegsindustrie besonders unserem Berufe zuströmen. Als logische Folge wird man versuchen, die Teuerungszulagen und Löhne abzubauen, und Schutz hiergegen bietet immer wieder nur die Organisation. Darum ist es heilige Pflicht, jeden Berufsangehörigen hierauf hinzuweisen und ihn aufzufordern, Schulter an Schulter mit uns für eine Besserung unserer Lebenslage und zur Abwehr aller beabsichtigten Verheerungen zu kämpfen. Aber auch jeder organisierte Kollege und jede Kollegin müßte es sich zur Aufgabe machen, alle uns noch fernstehenden für den Deutschen Buchbinderverband zu gewinnen. Hiermit schloß Kollege Wiemide seine vorzeislichen Ausführungen.

Darauf ergriff Kollege Wieth nochmals das Wort und schloßerte kurz die erickwerte Agitation unter dem Belagerungszustand. Wurde uns die Verteilung von Handzetteln doch nur in geschlossenen Räumen, nicht öffentlich, erlaubt. Weiter forderte er die uns noch fernstehenden auf, ihren Beitritt zum Deutschen Buchbinderverband zu vollziehen. Dies geschah erfreulicherweise mit allen Anwesenden. Hiermit war die Versammlung geschlossen.

Und nun, Kollegen und Kolleginnen: Agitiert und organisiert! Ist auch der Boden hart: Vorwärts trotz alledem! sei unser Lösungswort.

Rundschau.

120 Millionen Mark gewerkschaftliche Unterstützungsgelder! Einen glänzenden Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften ergibt eine von der Generalkommission der Gewerkschaften veranlassete Umfrage, die die Unterstützungssummen der freien Gewerkschaften während der Zeit des Krieges vom 3. August 1914 bis 31. Dezember 1917 ermittelt. In dieser Zeit sind insgesamt an Unterstützungen ausgezahlt 119 494 914 Mark. Allein 25 353 220 Mk. wurden an die Familienangehörigen der zum Dorte Eingezogenen verausgabt. Gewiß ein trefflicher Beweis, wie die Mitglieder denjenigen hilfsbereit zur Seite standen, die unter der Last des Krieges am schwersten zu leiden haben.

25 187 215 Mk. sind an Arbeitslose gezahlt. Hier kommt vor allem der Anspruch zur Geltung, der zu Beginn des Krieges infolge der großen Arbeitslosigkeit in die Erscheinung trat. Aber auch in der späteren Zeit hatten wir einige Industrien, die ihren Betrieb zu einem erheblichen Teil einschränkten, eine große Zahl Arbeitsloser vorübergehend den Gewerkschaften zur Unterstützung überwiesen. Wenn auch in solchen Fällen aus Staatsmitteln für die Arbeitslosen Unterstützungen gewährt wurden, so wird doch der Zuspruch der Gewerkschaften hoch willkommen gewesen sein.

Es ist heute an der Zeit, daß die Gleichgültigen einmal darüber nachdenken, wie es bei Beendigung des Krieges in der Uebergangszeit werden wird. Der Arbeitslose, der keiner Berufsorganisation angehört, verliert den Halt, den der Organisierte an seiner Gewerkschaft hat.

Der Rest der Unterstützungssumme, 68 954 499 Mark, ist für Kranken-, Invaliden-, Notfallunterstützungen und andere Hilfestellungen aufgemandt. Der gewerkschaftlichen Tätigkeit gebührt für diese Leistung volle Anerkennung, und wenn nicht so viele fehlten, die an diesen Hilfestellungen nicht teilnahmen, dann sähe es noch ererblich besser aus.

Textilarbeitervertreter in Reichsaussschüsse berufen. Die außerordentliche Generalsversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes vom 24. bis 27. Juni 1917 nahm unter anderem auch Stellung zur Uebergangswirtschaft. In der dort angenommenen Resolution heißt es: „... Deshalb ist es wichtig, daß

- I. die Reichsregierung zu den Ausschüssen und Beiräten für Uebergangswirtschaft auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen zuzieht;
- II. a) die Regierungen derjenigen Bundesstaaten, in denen die Textilindustrie einen beachtlichen Teil der Volkswirtschaft bildet, je einen Ausschuß berufen, dem auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen angehören müssen, b) soweit Bezirksaussschüsse notwendig sind, auch in diese solche Vertreter berufen werden;
- III. in alle Ausschüsse nur solche Vertreter berufen werden, die von den Textilarbeiterorganisationen vorgeschlagen werden.

Die Reichsregierung ist analog den hier geäußerten Wünschen verfahren und hat in die verschiedenen Ausschüsse die Arbeitervertreter nach den Vorschlägen der Textilarbeiterorganisationen berufen.

Die Absichten der „Unabhängigen“ auf die Gewerkschaften werden durch folgende Veröffentlichung beleuchtet:

Die Stellung der U. S. B. zur Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsbureaukratie hat dadurch, daß sie sich politisch als Helfershelferin der Regierungspolitik betätigt, eine starke Mißstimmung in Gewerkschaftskreisen hervorgerufen.

Vielmehr wird darüber geklagt, daß Gewerkschaftsführer selbstherrlich auftreten und die Selbstständigkeit der Mitglieder mißachten.

Die dadurch erzeugte Unzufriedenheit der Mitglieder darf aber nicht dazu führen, den Gewerkschaften den Rücken zu kehren und neue Gewerkschaften zu bilden. Die Mitglieder haben vielmehr innerhalb der bestehenden Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage gestellt und mit sozialistischem Geist erfüllt werden.

Berlin, 16. April 1918.
Die Zentralleitung der Unabh. Sozialdemokratischen Partei.

Also die Parteifreigeistigen sollen systematisch in die Gewerkschaften hineingetragen werden, das ist der eigentliche Sinn dieser antichristlichen Parteiveröffentlichung. Die Tatsachen werden dabei frisch und frei in ihr Gegenteil verkehrt. Denn nicht die „Gewerkschaftsbureaukratie“ hat die Mißstimmung in die Gewerkschaftskreise hineingetragen, sondern vor allem die freispellose unwahre und heberische Agitation der „Unabhängigen“. Die Selbstherrlichkeit der Gewerkschaftsführer und die Mißachtung der Selbstständigkeit der Mitglieder durch die Gewerkschaftsführer besteht natürlich nur in der Einbindung der Zentralleitung der Unabh. Sozialdemokr. Partei. Mit solchen leeren und unbeweisbaren Behauptungen befähigt man die Mitglieder wahrhaftig nicht, die Gewerkschaften auf eine gesunde Grundlage zu stellen, man beweist dadurch lediglich, mit welcher Art von „sozialistischem Geist“ die Gewerkschaften erfüllt werden sollen. Die Herren Abdolaten und Viteraten von der Zentralleitung der Unabh. Sozialdemokratischen Partei haben sich noch in den Begriffen, die den gewerkschaftlichen Geist noch nie begriffen haben, sind gerade die richtigen, um die Gewerkschaften mit dem wahren „sozialistischen Geist“ zu erfüllen. „Ihr gleicht dem Geist, den ihr begreift“ — rufen wir ihnen frei nach Goethe zu.

Wir fragen unsere Mitglieder nicht danach, welcher Partei sie angehören. Jeder Berufsangehörige, möge er auch zu den Unabhängigen zählen, ist uns willkommen, der im wahren gewerkschaftlichen Geist in unsern Reihen für die Verbesserung der Lage der Kollegenchaft im besonderen und der Arbeiterschaft im allgemeinen mitwirken will. Der gewerkschaftliche Geist vertäut sich sehr wohl auch mit dem reinen, nicht durch unlaute Parteiwünsche getriebenen sozialistischen Geist.

Im übrigen haben wir keine Angst vor dem Ansturm der Unabhängigen, mit deren Herrlichkeit es reichend bergab geht. Unsere Mitglieder werden ihnen schon ein Niederbarnum bereiten, wenn sie sich ansetzen sollten, unsern Verband nach ihrem Sinne umzumodeln. Denn zu schädlichen Experimenten Unberufenen ist die durchaus gesunde deutsche Gewerkschaftsbewegung, die das ureigene Werk der deutschen Arbeiterklasse selbst ist und nicht etwa die Schöpfung sogenannter „Intellektueller“, viel zu schade.

Derbe Sprache christlicher Arbeiter gegen den Wucher. In die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ schreibt ein Leser ganz empört, daß ein Besitzer von drei Aktien der Zuckerfabrik Campert im Rennwert von 3000 Mk. nicht weniger als 750 Mk. Dividende und als besonderes Geschenk noch eine neue Aktie im Werte von 5400 Mk. erhalten hätte, denn ihr Kurswert sei so hoch. Man müsse auf eine Frage nach der Christlichkeit moderner Staatsweisen mit einem betrüblichen Nein antworten. „Mamonismus heißt heute die übergeordnete Religion“. Warum werden die Wuchermillionen nicht konfisziert? In Köln wurde eine Frau bestraft, weil sie ihren

fenkung der „Lusitania“ ein Kronzeuger erstanden, der durch seine in „Commercial and Financial Chronicle“ vom 3. November veröffentlichten Aussagen einwandfrei die Berechtigung zur Verfenkung dieses zum Transport von Munition verwendeten Schnell dampfers bekräftigt. Es ist der amerikanische Senator La Follette, der in einer Rede die Kriegspolitik seiner Regierung in schonungsloser Weise angriff. Dabei erklärte er, daß der Staatssekretär Bryan den Präsidenten Wilson vor der Abfahrt der „Lusitania“ darauf aufmerksam gemacht hätte, daß sich auf dem Schiffe Munition für 6 Millionen Schuß befände. Ein Feindgast, der auf einem fremden, mit Munition ins Kriegsgebiet fahrenden Schiff reise, befände sich tatsächlich auf „fremdem Gebiete“.

Die von den Engländern immer geäußerte Tatsache, daß die „Lusitania“ Munition an Bord hatte, wird durch vorstehende Aussagen nachdrücklich bestätigt. Wenn wir uns vorstellen, welche ungeheure Menge von Munition diese 6 Millionen Schuß darstellen, und wie viele Leben unserer tapferen Soldaten an der Westfront dadurch gerettet worden sind, daß die Munition nicht an ihren Bestimmungsort gelangte, so können wir hierin wiederum einen neuen Beweis für die Richtigkeit unseres Standpunktes erblicken, daß die Verfenkung der „Lusitania“ vollkommen zu Recht erfolgt ist, so bedauerlich auch der Verlust vieler Menschenleben bei dem Untergang dieses Munitionsdampfers bleibt.

„Wölfe“, Weinhaus Kempinski und Gewerkschaftsrecht. Jüngst war die tapfere Bekämpfung des berühmten Kreuzers „Wolf“ in Berlin und sie wurde von allen Seiten mit Recht hochgeehrt, u. a. auch von dem Inhaber des bekannten Weinhauses Kempinski, Unger, durch freie Bewirtung und Geldgeschenke. Wahrscheinlich sind unter den „Wölfen“ auch eine ganze Anzahl Kameraden gewesen, die vor ihrer Dienstpflicht ihren Gewerkschaften angehört. Da ist es nun auffallend, was der „Gauwirtschaftliche“ zu dem Vorgang schreibt:

„Wir können den braven Seeleuten die Freuden, die sie in Berlin genossen, von Bergen, so auch die Genüsse der Tafel bei Kempinski. Und wenn der schwerreiche Herr Kommerzienrat dazu auch noch in seinen Beutel griff und jedem der Krieger ein Geldgeschenk von 100 Mk. machte, so haben wir auch hiergegen nichts einzuwenden. Aber wir werden bei dieser Gelegenheit doch unangenehm erinnert an die Zeit vor einigen Jahren, wo die Angehörten des Herrn Unger um eine geringe Lohnzulage bei ihm vorstellig, aber abgewiesen wurden. Eine Verhandlung mit der Organisation lehnte Herr Unger damals ebenfalls ab, und er ging dazu über, die Mitglieder unseres Verbandes zu mahnen. Seitdem ist Ruhe im Hause des Herrn Unger eingetreten; es

ist die Ruhe des Kirchhofs, die Unzufriedenheit ist nicht gebannt, und nach dem Kriege wird es auch im Weinhaus Kempinski sicherlich zu neuen Lohnbewegungen kommen.“

Fortfahren der Reichswohnungsreform. Die Reformtätigkeit des Reiches auf dem Gebiete des Wohnungswezens ist neuerdings in bemerkenswerter Weise in Fluß gekommen. Nachdem das Reich im Kriege durch die Schutzpreisgebung für Hausbesitzer, Mieter und Hypothekengläubiger bereits stark in die Verhältnisse des Wohnungswezens eingegriffen und neuerdings durch den Kizenzähler von Bayer auch die Vereinwilligkeit zu einer größeren finanziellen Bewilligung zur Unterstüfung der Bautätigkeit erklärt hat, ist es jetzt im Begriff, einen weiteren wichtigen Fortschritt zu vollziehen. Angesichts der immer wichtiger und umfassender werdenden Aufgaben des Reiches im Wohnungswezen ist vor allem eine Ausgestaltung der einschlägigen Verwaltungsorganisation zur Bewältigung dieser großen Aufgaben erforderlich. Diese soll jetzt dadurch in die Wege geleitet werden, daß die bisherige Abteilung für Wohnungswezen im Reichswirtschaftsamt erweitert und ausgebaut wird, insbesondere durch Schöpfung der Stelle eines Vortragenden Rates für das Wohnungswezen. Damit würde das Reichswirtschaftsamt einen wenigstens einigermaßen der Bedeutung der Sache entsprechenden Ausbau auf dem Gebiete erhalten. Der Hauptausdruck des Reichstages hat diese neue Stelle bereits bewilligt; es darf wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Vollversammlung sich der Bewilligung anschließen wird. Von allen Freunden unseres Wohnungswezens wird dieser Fortschritt jedenfalls auf das dringendste verlangt, und seine Verwirklichung wird von ihnen auf das wärmste begrüßt werden, da tatsächlich der bisherige Zustand die unbedingt notwendige Förderung des Wohnungswezens durch das Reich ausschließt.

Schiedspruch über Teuerungszulagen im Schneidergewerbe. In Nürnberg haben jüngst unter Vorsitz des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Gehler Verhandlungen für das Schneidergewerbe stattgefunden. Da sich die Parteien über die Höhe der Teuerungszulagen nicht einigen konnten, so fällt die Inparteilichen folgenden Schiedsspruch: „Unter Einrechnung der im November gewährten Teuerungszulage wird neben der 25 prozentigen Lohnerhöhung eine weitere Zulage von 35 Proz., für Berlin von 40 Proz., gewährt, so daß die Gesamtzulage 60 bzw. 65 Proz. zu den Tariflöhnen beträgt. Diese neue Teuerungszulage erfolgt unter den gleichen Voraussetzungen wie die letztgewährte und wird ab 1. Mai bezahlt, gleichgültig, zu welchem Zeitpunkt die Arbeit in Angriff genommen wurde.“ Dieser Vorschlag bedarf der Zustimmung der Parteien, die in den nächsten Wochen erfolgen muß.

Abrechnungen

Vom 1. Quartal 1918 gingen weiter bis zum 22. April bei der Verbandstafel ein: Von Frankfurt a. O. mit 65,75 Mk., Mathenow 400 Mk., Gau 2 — Mk., Königsberg 275 Mk., Gau 5 50 Mk., Wickersleben 40 Mk., Magdeburg 750 Mk., Mohtod — Mk., Küstingen-Wib. Imshaven — Mk., Gau 8 300 Mk., Brandisweg 300 Mk., Hannover 2541,20 Mk., Hildesheim 100 Mk., Raffel 50 Mk., Eriart — Mk., Jena 100 Mk., Dortmund 200 Mk., Köln 172,05 Mk., M.-Gladbach — Mk., Solingen-Wald — Mk., Frankfurt a. M. — Mk., Danau — Mk., Gau 12 — Mk., Chemnitz — Mk., Dresden 4028,90 Mk., Zittau 20 Mk., Zwickau 50 Mk., Gau 14/15 — Mk., Lahr — Mk., Reutlingen 60 Mk., Stuttgart 7000 Mk. und von Kaufbeuren mit 110 Mk.

Diejenigen Zahlungen und Gane, die eine Abrechnung noch nicht eingelangt haben, werden ersucht, unverzüglich ihren Verpflichtungen nachzukommen.
E. Hauelsen.

Briefkasten.

M. E. in Hamburg. Den Bericht können wir wohl ruhig weglassen, da er nichts allgemein Interessierendes enthält.

Literarisches.

„Arbeiter-Jugend“. Nummer 8 enthält u. a.: Charakterbildung in der Lehrzeit. Von Adolf Domnik. — Moral. Von Ernst Freygang. — Nacht- und Heberarbeit jugendlicher Arbeiter. Von F. Kl. — Mahnung. Gedicht von Leopold Jacoby. — Die Linie. Von Heinrich Behr. (Mit Abbildungen). — Vst und Verstellung der Tiere. Von W. E. Wosfer. — Sorgfältiges Briefschreiben. Von S. Reus. — Zwei Heimgelehrte. Gedicht von Anastasius Grün. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit.

Aus der „Neuen Zeit“ heben wir hervor: Auf dem richtigen Wege. Von Philipp Scheidemann. — Die Produktionsbedingungen der deutschen Textilindustrie in der Uebergangswirtschaft. Von S. Krätzig. — Arbeitsbeschaffung und Wohnungserzeugung. Von h. (Brüffel). — Leuz-Vriefe. Von Hermann Wendel. — Die Zukunft der Arbeiterbühnen. Von E. Mehlisch. — Literarisches Rundschau.

Die Wode. Heft 3 enthält u. a. folgende Aufsätze: Winnig, Die Politik der Generalkommission; Lensch, Nahende Entscheidung; Janison, Der Anarchosozialismus in Norwegen; Heilmann, Das anexionistische Deutschland oder die Entente annexioniste?; Lhnteus, Die Lage der deutschen Zeitungen.

ANZEIGEN

Arbeitslosen-Zuschuß-Kasse für Buchbinder und verwandte Berufe zu Berlin.

Am 7. Januar verstarb unsere Kollegin **Margarete Grad** (W.-Nr. 1909); am 31. März unser Kollege **Wilhelm Unger** (W.-Nr. 2351); ferner fiel auf dem Schlachtfelde der Kollege **Robert Weigelt** (W.-Nr. 2349).

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Am 13. April 1918 verstarb unerwartet rasch, infolge eines Herzschlags, unsere liebe Kollegin Frau **Rosa Ruchgaber**, geb. Söll, im Alter von 44 Jahren.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kolleginnen und Kollegen der Union Deutsche Verlags-Gesellschaft Stuttgart.

Durch Irrtum unlesbar verspätet.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder u. verw. Geschäftszweige.

Unsere Mitglieder die traurige Nachricht, daß am Oster Sonntag, den 31. März, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kollege **Wilhelm Tilgner, Berlin**, im Alter von 67 Jahren nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Wer den edelmütigen und von kollegialischem Geiste getragenen Charakter unseres Freundes gekannt hat, wird gleich uns ihm ein treues Andenken bewahren.

Der Zentralvorstand: J. A. P. Städter.
Der Aufsichtsrat: J. M. G. Weinschild, Berlin.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Das Versicherungsamt, Beschlufsausschuß, hat in der nicht öffentlichen Sitzung vom 8. April 1918 gemäß § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 4. August 1914, betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankentassen folgendes beschlossen: Auf den Antrag des Vorstandes wird die vom Versicherungsamt durch Beschluß vom 17. Januar 1917 zugelassene Erhöhung des Krankengeldes um 10 bzw. 20 vom Hundert des Grundlohns wieder aufgehoben.

Dieser Beschluß tritt mit dem Tage des Inkrafttretens der vierten Satzungsänderung in Kraft.

Der Vorstand.
gez. Karl Gottesmann, Vorsitzender.
gez. Fr. Reese, Schriftführer.

Anzeigen finden nur Aufnahme nach vorheriger Einsendung des Betrages.

Für Buchbindereien abzugeben:
Einen Posten **Pergamentleinentuch** braun und rot.
Einen Posten **Cambrie- und Glanzpapiere**, verschiedene Farben, in Rollen von 10—120 mm Breite.

Theodor Luthardt, Steinach S.-M.

Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser

für dauernde Beschäftigung gesucht.

Julius Hager, Großbuchbinderei, Leipzig, Breitkopffir. 9.

entf. Welt-Hautjucken geheilt in 2 Tg. o. Berufst. 100000 f. bew. Ronalt. 100. Heilber. Wählg. Preile. Berliners. ang.
„Salus“, Berlin N. 31/81
Uebomstr. 9.